MZ/OP 42 **Kreis**

Donnerstag, 22. April 1993

„Heißer“ VG-Haushalt endlich vom Tisch

Etat für 1993 mit nur einer Stimme Mehrheit verabschiedet / SPD: Umlagen-Splitting! / CDU: Gewerbegebiete!

wbl. VG BODENHEIM — „Wenn der CDU-Fraktionssprecher Rudi Hock sagt, bezüglich der Einsparungen zum VG-Haushalt dürfe es keine Tabus, keine heiligen Kühe geben, kann ich nur sagen, ich sehe da Herden von heiligen Kühen!“ Volkhard Felgner hatte in jüngster VG-Ratssitzung für die SPD Maß genommen, zitierte aus Haushaltsreden des Bürgermeisters sowie der CDU- und FWG-Fraktionen und „schlug“ den Regierungskoalitionären ihre eigenen Aussagen um die Ohren.

„An ihren Taten sollt ihr sie erkennen“, hatte Felgner seine Abrechnung mit dem Verwaltungsvorschlag für einen unausgeglichenen 93er Haushalt eingeleitet. Und es wurde daraus ein flammendes Plädoyer für eine Änderung der VG-Umlage zugunsten der „Berggemeinden“. Da auch erhebliche Änderungswünsche der GAL keine Berücksichtigung fanden und somit die Grün-Alternativen ihre Zustimmung zum Haushalt verweigerten, gab schließlich die Stimme von Bürgermeister Krämer den Ausschlag, um Investitionsprogramm, Haushalt und Satzung mit 13 gegen 12 Stimmen zu verabschieden.

Nachdem bereits SPD-Fraktionschef Thomas Glück von einem „betretenen Schweigen“ der CDU nach den Sparvorschlägen der SPD gesprochen hatte, übernahm sein Fraktionskollege Felgner die Aufgabe der Generalabrechnung. Nach Seitenhieben in Richtung auf für die VG unnötige Ausgaben wie die 8000 Mark für einen Seniorennachmittag, kam er schnell zu dem von den Sozialdemokraten bevorzugten Vorschlag, die von den Ortsgemeinden an die VG zu leistende Umlage zu ändern.

Entsprechend der Wirtschaftskraft sollen — so fordert die VG-SPD schon seit Jahren — die „reiche“ Gemeinde Bodenheim stärker und die strukturschwachen „Berggemeinden“ Harxheim, Gau-Bischofsheim und Lörzweiler entsprechend geringer über eine Umlagenerhöhung zur Haushaltskonsolidierung beitragen. „Herr Krämer, Sie stehlen sich aus der Verantwortung, wenn Sie Gespräche mit den Ortsgemeinden vorschieben. Der VG-Rat ist für eine diesbezügliche Entscheidung zuständig“, stellte Felgner fest. Und richtete an CDU und FWG die rhetorische Frage: „Was haben Sie denn im VG-Rat für die Berggemeinden getan?“

CDU-Sprecher Rudi Hock wehrte alle Vorwürfe großräumig ab: „Wir haben Sparmaßnahmen erörtert, aber der SPD-Kahlschlag ist nicht machbar. Wir müssen die VG lebenswert halten und dürfen das Gemeinwesen nicht überfordern.“ Sein Fraktionskollege Dr. Heckelsmüller gab zwar Probleme mit dem Haushaltsausgleich zu, betonte jedoch, daß alleine investive Maßnahmen aus der Problemzone herausführen könnten. Er forderte vermehrte Ausweisung von Gewerbegebieten, um einen Strukturwandel herbeizuführen, der den Anforderungen an die von der Rezession mitbetroffene Region gerecht wird. „Wenn wir den Standard hier halten wollen, dürfen wir nicht nur sparen“, hieß das Credo des Christdemokraten.

In dieselbe Richtung, wenn auch natürlich mit gänzlich anderen Projekten, zielte die GAL, für die Frederick Binet Vorschläge zur Haushaltsgestaltung unterbreitete. Ähnlich wie die SPD forderte die GAL einen Finanzausgleich durch die Ortsgemeinden. Allerdings basierte ihr Vorschlag auf einer linearen Erhöhung für alle Ortsgemeinden. Auf der Ausgabenseite wünschten sich die Grün-Alternativen ein Engagement für ein Energiekonzept, einen Ringbusverkehr zur Verbesserung des ÖPNV, die Einrichtung eines Amtes für Ökologie und die Bildung einer Rücklage. Doch alle diese Vorschläge in Antragsform wurden vom VG-Rat mehrheitlich abgelehnt.